

21.3429 Postulat

**Für eine gerechtere Verteilung der Belastung von Mann und Frau in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit**

Eingereicht von: Prezioso Batou Stefania  
Grüne Fraktion  
Ensemble à Gauche



Einreichungsdatum: 19.03.2021

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Erledigt

**Eingereichter Text**

Auch heute noch tragen die Frauen fast die ganze Verantwortung und fast alle Kosten in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit. Die Männer müssen in diesen Fragen stärker involviert werden.

Mehrere Länder haben diesbezüglich bereits Fortschritte gemacht. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel werden viele reversible Vasektomie-Eingriffe durchgeführt. Diese sind harmlos und befreien die Frauen von der Notwendigkeit, hormonell zu verhüten, was bekanntlich physisch und psychisch schädlich sein kann.

Ein anderes Beispiel ist Australien, wo die nationalen Kampagnen zur Impfung gegen das Humane Papillomavirus (HPV) sich genauso an Männer wie Frauen richten. Mit einer derzeitigen Durchimpfungsrate von 80 Prozent der Australierinnen und 75 Prozent der Australier im Alter von 15 Jahren dürfte sich die Verbreitung des Virus und damit das Infektions- und Gebärmutterhalskrebsrisiko nach epidemiologischen Modellberechnungen stoppen lassen. Auch hier erlaubt die Prävention, Kosten zu reduzieren, die durch Krankheiten verursacht werden, die auf das HPV zurückzuführen sind.

Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über eine gerechtere Verteilung der Belastung von Mann und Frau im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ausarbeiten zu lassen. Der Bericht soll insbesondere Lösungen vorlegen, um die Gesundheitspolitik im Bereich der sexuellen Gesundheit zu überarbeiten. Damit soll die Verantwortung gerechter auf Männer und Frauen verteilt werden und das Gesundheitspersonal soll dazu angehalten werden, systematisch Untersuchungen zur Früherkennung gewisser gynäkologischer Krankheiten durchzuführen, die zurzeit nicht oder zu spät diagnostiziert werden, vor allem von Endometriose.

**Stellungnahme des Bundesrates vom 19.05.2021**

Sexuelle und reproduktive Gesundheit ist relevant für Männer und für Frauen. In Bezug auf HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen wird mit der Kampagne LOVE LIFE seit über 30 Jahren die sexuell aktive Bevölkerung angesprochen und aufgeklärt. LOVE LIFE vermittelt nicht nur Botschaften zu Safer Sex, sondern zeigt auch beispielhaft den Umgang zwischen zwei Menschen in einer Beziehung: respektvoll, partnerschaftlich und verantwortungsvoll. Damit leistet die Kampagne LOVE LIFE einen wichtigen Beitrag zur Prägung gleichberechtigter sexueller Beziehungen.

Wie der Bundesrat in seinen Stellungnahmen zu verschiedenen Vorstössen (Mo. 19.3660 Marti Samira, "Verhütungsmittel gehören in den Grundkatalog der Krankenversicherung", 19.3197 Mo. Reynard, "Förderung des Zugangs zu Verhütungsmitteln für junge Menschen" und Po. 20.3998 Porchet "Zugang zu Verhütungsmitteln für alle sicherstellen, auch während einer Krise") bereits ausgeführt hat, ist er der Auffassung, dass es in der Eigenverantwortung der Versicherten liegt, unerwünschte Schwangerschaften zu vermeiden. Die Stellungnahme zum Postulat 18.4228 Feri Yvonne "Zugang zu Verhütung für alle garantieren" zeigt, dass sich der Bundesrat bewusst ist, dass finanzielle Hürden bei armutsbetroffenen Personen den Zugang zu Verhütungsmitteln beeinträchtigen können. Die Unterstützung armutsbetroffener Personen liegt



jedoch in der Kompetenz der Kantone.

Die Kantone sind aufgrund des Bundesgesetzes über die Schwangerschaftsberatungsstellen (SR 857.5) und der dazugehörigen Verordnung (SR 857.51) verpflichtet, unentgeltliche Beratungen rund um Schwangerschaft und Verhütung anzubieten. Im Rahmen des Monitorings der Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen liegt ein Augenmerk auf der Nutzung der Fachstellen durch Männer; die Mehrheit der Fachstellen erhebt hierzu auch Daten. Eine Sensibilisierung für diese Thematik ist folglich vorhanden und das Bestreben besteht, Männer – alleine oder gemeinsam mit der Partnerin – nicht nur in Bezug auf HIV/STI, sondern auch in Bezug auf Schwangerschaftsverhütung, zu beraten.

Der Bundesrat geht in der Stellungnahme zum Postulat 21.3428 Prezioso "Für eine nationale Kampagne zur kostenlosen Impfung gegen das Humane Papillomavirus" vertieft auf die HPV-Impfung ein. Wie bereits in der Interpellation 20.4499 Lohr "Eliminierung von Gebärmutterhalskrebs in der Schweiz" ausgeführt, strebt der Bundesrat eine HPV-Durchimpfungsrate von 80 Prozent bei Mädchen und jungen Frauen an. Er begrüsst zudem eine Impfung von jungen Männern, welche indirekt ebenfalls dazu beiträgt, die Fälle von Gebärmutterhalskrebs zu reduzieren. Der Bund fördert die HPV-Impfung unter anderem, indem er sie – unabhängig vom Geschlecht – für alle empfohlenen Altersgruppen von der Franchise befreit hat. Für die Umsetzung sind die Kantone zuständig. Der Bund unterstützt die kantonalen Bemühungen im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Strategie für Impfungen (NSI).

Rund 10 Prozent der Frauen weltweit und in der Schweiz sind betroffen von der chronischen Krankheit Endometriose. Die Zuständigkeit für die Behandlungsrichtlinien obliegt den medizinischen Fachgesellschaften und nicht dem Bundesrat.

Der Bundesrat begrüsst, dass in allen Bereichen bereits eine grosse Sensibilisierung vorhanden ist und Aktivitäten in der Umsetzung sind. Die Verantwortlichkeit liegt jedoch mehrheitlich nicht beim Bund, sondern bei den Kantonen oder weiteren Akteuren. Einen Postulatsbericht in Bezug auf "eine gerechtere Aufteilung der Lasten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zwischen Frauen und Männern" und in Bezug auf die vorgeschlagenen Schwerpunkte sieht er deshalb zum heutigen Zeitpunkt nicht als notwendig an.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

### Antrag des Bundesrates vom 19.05.2021

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

### Chronologie

17.03.2023      Abgeschrieben, weil nicht innert zwei Jahren abschliessend im Rat behandelt

### Zuständigkeiten

#### Zuständige Behörde

Departement des Innern (EDI)

### Weitere Informationen

#### Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

### Links

